



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2011/0415(COD)

15.6.2012

ÄNDERUNGSANTRÄGE 25 - 100

Entwurf eines Berichts

Elmar Brok

(PE487.763v01-00)

zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren für die Anwendung
der Instrumente der Union im Bereich des auswärtigen Handelns

Vorschlag für eine Verordnung

(COM(2011)0842 – C7-0494/2011 – 2011/0415(COD))

AM\904425DE.doc

PE491.141v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_LegReport

Änderungsantrag 25
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Dokumente, mit denen die Ziele, die Prioritäten, die erwarteten Ergebnisse und die Mittelzuweisungen allgemein festgelegt werden, sind strategische Programmierungsdokumente. Mit Blick auf die umfassende demokratische Kontrolle, Transparenz und Beteiligung am Prozess der Entwicklung, Annahme und Überprüfung dieser Dokumente sollten sie vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gemäß Artikel 294 AEUV auf der Grundlage der Artikel 209 Absatz 1 und Artikel 212 Absatz 2 AEUV erstellt werden.

Or. en

Änderungsantrag 26
María Muñoz De Urquiza, Ioan Mircea Pașcu

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Anwendung dieser Instrumente sollte anhand konkreter Leistungsindikatoren bewertet werden, denen Ziele zugrunde liegen, die für jedes Instrument unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Gegebenheiten jedes Empfängerlandes angegeben werden; diese Leistungsindikatoren sollten unter anderem folgende Bereiche umfassen: Achtung der Menschenrechte und

Grundfreiheiten, hinreichend überwachte freie und faire demokratische Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, demokratische Kontrolle der Streitkräfte und der Sicherheitskräfte, Schutz von Minderheiten, Ausmaß der Korruption, Dezentralisierung und lokale Demokratie, Angaben zum Ausmaß der internen wirtschaftlichen Ungleichgewichte, einschließlich des Beschäftigungsniveaus und der Fortschritte bei der sozialen Gerechtigkeit, Lage der Zivilgesellschaft und Gleichstellung zwischen Männern und Frauen.

Or. en

Änderungsantrag 27
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Da diese **Durchführungsrechtsakte** der **politischen Programmierung oder** finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie **im Allgemeinen** nach dem Prüfverfahren angenommen werden, **es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang**. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Geänderter Text

(4) Da diese **Jahres- oder Mehrjahresaktionsprogramme** der finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie **immer** nach dem Prüfverfahren angenommen werden. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Or. en

Änderungsantrag 28
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Da diese Durchführungsrechtsakte der politischen Programmierung oder finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Geänderter Text

(4) Da diese Durchführungsrechtsakte der politischen Programmierung oder finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang, **außer diese Maßnahmen betreffen Schwerpunktthemen für die EU.** Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Or. en

Änderungsantrag 29
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Da diese Durchführungsrechtsakte der politischen Programmierung oder finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend

Geänderter Text

(4) Da diese Durchführungsrechtsakte der politischen Programmierung oder finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend

begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist. ***Das Europäische Parlament sollte ordnungsgemäß und zügig davon unterrichtet werden. Bei allen ergriffenen Maßnahmen sollte auch den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. [...] des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Jahreshaushaltsplan der Union¹ (fortan „Haushaltsordnung“) Rechnung getragen werden.***

¹ COM(2010)0815.

Or. en

Änderungsantrag 30
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Das Prüfverfahren sollte immer für den Erlass von Einzel-, Sonder- und Unterstützungsmaßnahmen Anwendung finden.

Or. en

Änderungsantrag 31
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Wenn im Falle der Anwendung von

(6) Wenn im Falle der Anwendung von

Finanzinstrumenten ein Finanzintermediär mit der Verwaltung der Maßnahme betraut ist, sollte der Beschluss der Kommission insbesondere Bestimmungen über die Risikoteilung, die Vergütung des für die Durchführung verantwortlichen Finanzintermediärs, die Verwendung und Wiederverwendung der Mittel und etwaige Gewinne enthalten.

Finanzinstrumenten ein Finanzintermediär mit der Verwaltung der Maßnahme betraut ist, sollte der Beschluss der Kommission insbesondere Bestimmungen über die Risikoteilung, die Vergütung des für die Durchführung verantwortlichen Finanzintermediärs, die Verwendung und Wiederverwendung der Mittel und etwaige Gewinne *unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung* enthalten. *Werden Finanzierungsinstrumente nicht länger für notwendig erachtet, können sie im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen beendet werden.*

Or. en

Änderungsantrag 32 Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) *Zwar wächst der Finanzierungsbedarf für die Außenhilfe der Union, doch sind die für diese Hilfe zur Verfügung stehenden Mittel angesichts der Wirtschafts- und Haushaltslage der Union begrenzt. Die Kommission* muss sich daher bemühen, die verfügbaren Ressourcen insbesondere durch den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten, die eine Hebelwirkung haben, so effizient wie möglich zu nutzen. *Diese Hebelwirkung verstärkt sich noch, wenn die von den Finanzinstrumenten investierten und erwirtschafteten Mittel verwendet und wiederverwendet werden dürfen.*

Geänderter Text

(8) *Die Kommission sollte bestrebt sein, durch Vermeidung etwaiger Überschneidungen Haushaltssynergien zwischen einzelstaatlichen Maßnahmen, Maßnahmen der Union und multilateralen und internationalen Maßnahmen sowie bestehenden Instrumenten zu erzielen, und* muss sich daher bemühen, die verfügbaren Ressourcen insbesondere durch den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten, die eine Hebelwirkung haben, so effizient wie möglich zu nutzen, *ohne die gerechte und faire Verwendung der Mittel der Union zu gefährden, wobei* die von den Finanzinstrumenten investierten und erwirtschafteten Mittel *gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung* verwendet und

wiederverwendet werden dürfen.

Or. en

Änderungsantrag 33
Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Das auswärtige Handeln der Union im Rahmen der Instrumente, auf die diese Verordnung Anwendung findet, sollte eine Wirkung haben, die sich an konkreten Veränderungen in den Empfänger- und Partnerländern ablesen lässt. Diese Wirkung sollte überwacht und auf der Grundlage vorher festgelegter, klarer, transparenter und messbarer Indikatoren bewertet werden, die sich an den Besonderheiten jedes Instruments und jeder Situation orientieren.

Or. en

Änderungsantrag 34
María Muñoz De Urquiza, Ioan Mircea Pașcu

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Das auswärtige Handeln der Union im Rahmen der Instrumente, auf die diese Verordnung Anwendung findet, sollte eine Wirkung haben, die sich an konkreten Veränderungen in den Empfänger- und Partnerländern ablesen lässt. Diese Wirkung sollte überwacht und auf der Grundlage vorher festgelegter,

klarer, transparenter und messbarer Indikatoren bewertet werden, die sich an den Besonderheiten jedes Instruments orientieren und sich auf Ziele stützen, die die Bedürfnisse und Gegebenheiten jedes Empfängerlandes berücksichtigen.

Or. en

Änderungsantrag 35
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Als ein Instrument des auswärtigen Handelns der Union sollten sich die externen Finanzierungsinstrumente auf den Grundsatz der Gleichheit, der Solidarität und der Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, der universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Achtung der Menschenwürde, den Grundsatz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und das strenge Bekenntnis zu einer rein zivilen und friedlichen Konfliktlösung stützen. In dieser Hinsicht sollten Maßnahmen, die im Rahmen dieser Instrumente ergriffen werden, im Einklang mit diesen Grundsätzen stehen.

Or. en

Änderungsantrag 36
Alexander Graf Lambsdorff

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Damit gewährleistet ist, dass die von der Union bereitgestellte Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger der Empfängerländer und der Union sichtbar ist, sollte gegebenenfalls eine wirksame und gezielte Informationskampagne mit geeigneten Mitteln durchgeführt werden, die den Besonderheiten jedes Instruments gebührend Rechnung trägt. Die Kommission sollte in diesem Zusammenhang in enger Zusammenarbeit mit den Empfängern geeignete Mindestanforderungen festlegen, und die Einhaltung dieser Anforderungen sollte überwacht werden. Diese Bestimmung sollte nicht für die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) gelten, bei der die Vertraulichkeit der Empfänger wichtig ist.

Or. en

**Änderungsantrag 37
Kristian Vigenin**

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Finanzielle Hilfe in Form von Budgethilfe sollte nur gewährt werden, wenn das Empfängerland angemessene Garantien für die Qualität der Verwaltung der öffentlichen Finanzen und für die parlamentarische Kontrolle und Prüfkapazitäten bietet.

Or. en

Änderungsantrag 38
Marian Harkin, Catherine Bearder, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 10 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10a) Die gemeinsamen Vorschriften und Verfahren sollten mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNCRPD), welches am 22. Januar 2010 aufgrund des Beschlusses 2010/48 des Rates vom 26. November 2009 über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Gemeinschaft¹ für die Union in Kraft trat, und mit der EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen² im Einklang stehen.

¹ ABl. L 23 vom 27.1.2010, S. 35.

² COM(2010)0636.

Or. en

Änderungsantrag 39
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Bei der Anwendung dieser Verordnung nutzt die Kommission, soweit dies unter Berücksichtigung der Art der Maßnahme möglich und zweckmäßig ist, vorrangig die flexibelsten Verfahren, um eine wirksame und effiziente Durchführung zu gewährleisten.

(3) Bei der Anwendung dieser Verordnung nutzt die Kommission, soweit dies unter Berücksichtigung der Art der Maßnahme möglich und zweckmäßig ist, vorrangig die flexibelsten Verfahren, um eine wirksame und effiziente Durchführung zu gewährleisten, **ohne den rechtmäßigen Einsatz von Unionsmitteln zu beeinträchtigen sowie unbeschadet der**

Änderungsantrag 40
Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Union gründet sich auf die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ist bestrebt, diese durch Dialog und Zusammenarbeit mit Partnerländern und -regionen zu fördern, fortzuentwickeln und zu festigen.

Die folgenden Querschnittsthemen sind durchgängig in alle Programme einzubeziehen: Förderung der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, Stärkung der Rolle der Frau, Nichtdiskriminierung, Stärkung der Demokratie, der verantwortungsvollen Staatsführung, der Rechte von Kindern und indigenen Völkern, soziale Eingliederung und die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit einschließlich des Klimaschutzes.

Besonderes Augenmerk wird auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Verbesserung des Zugangs zur Justiz und die Unterstützung der Zivilgesellschaft, von Handel und nachhaltiger Entwicklung, Zugang zu IKT, Gesundheit und Ernährungssicherheit sowie die Förderung des Dialogs, der Beteiligung und der Aussöhnung sowie des Ausbaus von Institutionen gelegt.

Änderungsantrag 41
Ana Gomes

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Bei der Durchführung dieser Verordnung werden die Förderung und der Schutz der Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte des Kindes, die Rechte indigener Völker, die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Grundsätze wie Selbstbestimmung, Beteiligung, Nichtdiskriminierung schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen und Rechenschaftspflicht durchgängig berücksichtigt.

Änderungsantrag 42
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission nimmt ***Jahres- oder Mehrjahresaktionsprogramme*** an, die sich, ***soweit erforderlich***, auf die ***im anwendbaren Instrument*** genannten ***Richtprogrammierungsdokumente*** stützen.

(1) Die Kommission nimmt ***Jahresaktionsprogramme*** an, die sich auf die ***in Artikel 2 Absatz 1a*** genannten ***strategischen Programmierungsdokumente*** stützen ***und im Einklang mit ihnen stehen.***

Änderungsantrag 43

Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

In Ausnahmefällen, insbesondere wenn noch kein Aktionsprogramm angenommen wurde, kann die Kommission auf der Grundlage der Richtprogrammierungsdokumente nach den für Aktionsprogramme geltenden Vorschriften und Verfahren Einzelmaßnahmen beschließen.

Geänderter Text

In Ausnahmefällen, insbesondere wenn noch kein Aktionsprogramm angenommen wurde, kann die Kommission auf der Grundlage der Richtprogrammierungsdokumente nach den für Aktionsprogramme geltenden Vorschriften und Verfahren **von Fall zu Fall** Einzelmaßnahmen beschließen.

Or. en

Änderungsantrag 44
Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Im Falle unvorhergesehener, hinreichend begründeter **Erfordernisse**, Umstände oder Verpflichtungen kann die Kommission Sondermaßnahmen beschließen, die in den **Richtprogrammierungsdokumenten** nicht vorgesehen sind. Sondermaßnahmen können auch genutzt werden, um den Übergang von der Soforthilfe zu langfristigen Entwicklungsmaßnahmen, einschließlich Maßnahmen zur besseren Vorbereitung der Bevölkerung auf wiederkehrende Krisensituationen, zu erleichtern.

Geänderter Text

Im Falle **besonderer** unvorhergesehener, hinreichend begründeter Umstände oder Verpflichtungen kann die Kommission Sondermaßnahmen beschließen, die in den **strategischen Programmierungsdokumenten** nicht vorgesehen sind. Sondermaßnahmen können auch genutzt werden, um den Übergang von der Soforthilfe zu langfristigen Entwicklungsmaßnahmen, einschließlich Maßnahmen zur besseren Vorbereitung der Bevölkerung auf wiederkehrende Krisensituationen, zu erleichtern.

Or. en

Änderungsantrag 45
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Dokumente, mit denen die Ziele, die Prioritäten, die erwarteten Ergebnisse und die Mittelzuweisungen allgemein festgelegt werden, sind strategische Programmierungsdokumente.

Diese Dokumente werden vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gemäß Artikel 294 AEUV auf der Grundlage von Artikel 209 Absatz 1 und Artikel 212 Absatz 2 AEUV erstellt.

Or. en

Änderungsantrag 46
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Aktionsprogramme und Einzelmaßnahmen, *bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 10 Mio. EUR beträgt, und die Sondermaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 30 Mio. EUR beträgt,* werden nach dem in Artikel 15 Absatz 3 genannten Prüfverfahren angenommen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Aktionsprogramme und Einzelmaßnahmen werden *immer* nach dem in Artikel 15 Absatz 3 genannten Prüfverfahren angenommen.

Or. en

Änderungsantrag 47

Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für Aktionsprogramme und Maßnahmen, bei denen die genannten Schwellenwerte nicht erreicht werden, und für nicht substanzielle Änderungen ist dieses Verfahren nicht erforderlich. Nicht substanzielle Änderungen sind technische Anpassungen wie die Verlängerung der Durchführungsfrist, die Umschichtung von Mitteln innerhalb des veranschlagten Budgets oder die Aufstockung oder Kürzung des Budgets um einen Betrag von weniger als 20 % des ursprünglichen Budgets, vorausgesetzt, diese Änderungen wirken sich nicht wesentlich auf die Ziele des ursprünglichen Aktionsprogramms oder der ursprünglichen Maßnahme aus. In diesem Fall werden die Aktionsprogramme und Maßnahmen sowie die nicht substanziellen Änderungen innerhalb eines Monats nach ihrer Annahme dem Europäischen Parlament und dem Rat mitgeteilt.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 48
Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die in Absatz 1 genannten Einzelmaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 10 Mio. EUR beträgt, und die ebenfalls in Absatz 1 genannten Sondermaßnahmen,

bei denen die finanzielle Hilfe der Union 20 Mio. EUR übersteigt, werden nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren angenommen.

Or. en

Änderungsantrag 49

Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit, zum Beispiel in Krisen, nach Krisen und in fragilen Situationen oder bei einer Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte oder der Grundfreiheiten, kann die Kommission nach dem in Artikel 15 Absatz 4 genannten Verfahren sofort geltende **Durchführungsrechtsakte** erlassen, einschließlich Änderungen zu bestehenden Aktionsprogrammen und Maßnahmen.

Geänderter Text

(3) In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit, zum Beispiel in Krisen, nach Krisen und in fragilen Situationen oder bei einer Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte oder der Grundfreiheiten, kann die Kommission nach dem in Artikel 15 Absatz 4 genannten Verfahren sofort geltende **Sondermaßnahmen** erlassen, einschließlich Änderungen zu bestehenden Aktionsprogrammen und Maßnahmen.

Or. en

Änderungsantrag 50

Marian Harkin, Catherine Bearder, Evgeni Kirilov, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Eine angemessene Prüfung der Umsetzung des UNCRPD, einschließlich der Zugänglichkeit, Nichtdiskriminierung und der Unterstützung von Behindertenorganisationen, erfolgt auf

Projektebene. Die Einbeziehung interessierter Kreise wird gewährleistet.

Or. en

Änderungsantrag 51
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Studien, Sitzungen, Informations-, ***Sensibilisierungs-, Fortbildungs- und Publikationsmaßnahmen*** sowie sonstige Ausgaben für administrative oder technische Unterstützungsleistungen, die für die Verwaltung der Maßnahmen erforderlich sind,

Geänderter Text

a) Studien, Sitzungen, Informations-, ***Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Aufbereitung und Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren und Publikationsmaßnahmen*** sowie sonstige Ausgaben für administrative oder technische Unterstützungsleistungen, die für die Verwaltung der Maßnahmen erforderlich sind,

Or. en

Änderungsantrag 52
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Studien, Sitzungen, Informations-, Sensibilisierungs-, Fortbildungs- und Publikationsmaßnahmen sowie sonstige Ausgaben für administrative oder technische Unterstützungsleistungen, die für die Verwaltung der Maßnahmen erforderlich sind,

Geänderter Text

a) Studien, Sitzungen, Informations-, Sensibilisierungs-, Fortbildungs- und Publikationsmaßnahmen sowie sonstige Ausgaben für administrative oder technische Unterstützungsleistungen, die für die Verwaltung der ***rein zivilen*** Maßnahmen erforderlich sind,

Or. en

Änderungsantrag 53
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Ausgaben im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen.

Geänderter Text

c) Ausgaben im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der **Entwicklung von Kommunikationsstrategien und der** Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen.

Or. en

Änderungsantrag 54
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Flankierende Maßnahmen können außerhalb der Richtprogrammierungsdokumente finanziert werden. Gegebenenfalls nimmt die Kommission die flankierenden Maßnahmen nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten **Beratungsverfahren** an.

Geänderter Text

(3) Flankierende Maßnahmen können außerhalb der Richtprogrammierungsdokumente finanziert werden. Gegebenenfalls nimmt die Kommission die flankierenden Maßnahmen nach dem in Artikel 15 Absatz 3 genannten **Prüfverfahren** an.

Or. en

Änderungsantrag 55
Marian Harkin, Catherine Bearder, Evgeni Kirilov, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Mit flankierenden Maßnahmen wird gewährleistet, dass die Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen eingehalten werden.

Or. en

Änderungsantrag 56

Rosa Estaràs Ferragut, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Mit flankierenden Maßnahmen wird gewährleistet, dass die Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderten eingehalten werden.

Or. en

Begründung

The European Union concluded the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD) on 23rd December 2012 and it entered into force for the European Union in January 2011. The conclusion of this Convention means a change in the way that the main policies of the European Union are addressed since the Human Rights approach to disability has to be now a priority of all actions. There are a number of articles in the UNCRPD of utmost importance for the European external action. In particular for this new article is Article 9 on Accessibility which is also linked to Article 32 on International Cooperation. Other important regulations such as the General Regulation for the Structural Funds have included accessibility for people with disabilities as a horizontal criteria. It will be a contradiction for the EU that it preserves accessible criteria for built environment, information, ICT, and so on inside the borders of the European Union while promoting barriers for disabled people outside the EU. It will be also in contradiction with legal obligations coming from the UN CRPD

Änderungsantrag 57

Mario Mauro

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 3a

Zusätzlich zu der von der Europäischen Union gegebenen Garantie für Darlehen, die Drittstaaten von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gewährt werden, sollten soweit möglich alle Möglichkeiten geprüft werden, um verfügbare Mittel aus dem durch diese Verordnung geschaffenen Instrument mit der Darlehenskapazität der EIB durch innovative Finanzmechanismen (Kombinationsmechanismen) zu kombinieren und die Zusammenarbeit mit der EIB zu verstärken.

Or. en

Änderungsantrag 58
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Beiträge zu von der Kommission eingerichteten Treuhandfonds,

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 59
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Finanzinstrumente wie Darlehen, Garantien, **Beteiligungs- oder Quasi-Beteiligungskapital**, Investitionen oder Beteiligungen und Risikoteilungsinstrumente, auch in Verbindung mit Zuschüssen,

e) Finanzinstrumente wie Darlehen, Garantien, Investitionen oder Beteiligungen und Risikoteilungsinstrumente, auch in Verbindung mit Zuschüssen,

Or. en

Änderungsantrag 60
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) **Aktien- oder Kapitalbeteiligungen** an internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich regionaler Entwicklungsbanken.

Geänderter Text

f) **Aktienbeteiligungen** an internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich regionaler Entwicklungsbanken.

Or. en

Änderungsantrag 61
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Aktien- oder Kapitalbeteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich regionaler Entwicklungsbanken.

Geänderter Text

f) Aktien- oder Kapitalbeteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich regionaler Entwicklungsbanken, **jedoch ausgenommen nationale Banken von Mitgliedstaaten.**

Or. en

Änderungsantrag 62

Marian Harkin, Catherine Bearder, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Mit Globalzuschüssen können kleine Projekte für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

Or. en

Änderungsantrag 63

Rosa Estaràs Ferragut, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Mit Globalzuschüssen können kleine Projekte für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

Or. en

Begründung

Der Mechanismus von Globalzuschüssen wird bei der Anwendung von Instrumenten für die Kohäsionspolitik in der EU genutzt. Es ist ein grundlegender Mechanismus, mit dem kleine Organisationen der Zivilgesellschaft und andere interessierte Kreise Zugang zu Fördermitteln erhalten und die Anwendung nicht auf große Privatunternehmen und regionale Behörden beschränkt wird. Dies steht im Einklang mit der Gewährleistung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Durchführung von Maßnahmen im Außenbereich.

Änderungsantrag 64

María Muñoz De Urquiza, Ioan Mircea Pașcu

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Finanzielle Hilfe in Form von Budgethilfe nach Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c und im Einklang mit Artikel XXX der Verordnung (EG) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften¹ ist abhängig von messbaren Zielen, klaren Zielvorgaben, Leistungskriterien und transparenten, zuverlässigen und effektiven Prüfstandards, damit die Wirksamkeit des Einsatzes dieser Art der Hilfe gewährleistet ist. Vor der Billigung von Finanzierungsbeschlüssen fordert die Kommission Garantien der Regierung des betreffenden Partnerlandes dafür, dass sie für die parlamentarische Kontrolle auf nationaler Ebene und für Prüfkapazitäten, einschließlich des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen, gesorgt hat. Die Union unterstützt die Länder, die noch nicht die Kapazitäten für ihre Einrichtung haben, und schafft in der Zwischenzeit ein gleichwertiges Übergangssystem, welches der EU transparente und effiziente Ausgaben der zugewiesenen Mittel garantiert.

¹ ABL L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

Or. en

Änderungsantrag 65
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Die finanzielle Hilfe der Union kann im Einklang mit der Haushaltsordnung auch in Form von Beiträgen zu internationalen, regionalen oder nationalen Fonds, die zum Beispiel von der Europäischen Investitionsbank, internationalen Organisationen, Mitgliedstaaten oder Partnerländern und -regionen zur Förderung gemeinsamer Finanzierungen verschiedener Geber eingerichtet wurden oder verwaltet werden, oder in Form von Beiträgen zu Fonds, die von einem oder mehreren Gebern für die gemeinsame Durchführung von Projekten eingerichtet wurden, gewährt werden.

Die finanzielle Hilfe der Union kann im Einklang mit der Haushaltsordnung auch in Form von Beiträgen zu internationalen, regionalen oder nationalen Fonds, die zum Beispiel von der Europäischen Investitionsbank, internationalen **und nationalen** Organisationen, Mitgliedstaaten oder Partnerländern und -regionen, **Gruppierungen transnationaler öffentlicher und privater Akteure** zur Förderung gemeinsamer Finanzierungen verschiedener Geber eingerichtet wurden oder verwaltet werden, oder in Form von Beiträgen zu Fonds, die von einem oder mehreren Gebern für die gemeinsame Durchführung von Projekten eingerichtet wurden, gewährt werden, **wobei dies in gebührender Weise im Rahmen der Zuständigkeit des Parlaments für die Finanzkontrolle berücksichtigt wird.**

Or. en

Änderungsantrag 66
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Finanzielle Hilfe in Form von Budgethilfe nach Buchstabe c wird zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele gewährt und wird nicht von politischen oder geostrategischen Interessen der Union bestimmt. Ihre Wirksamkeit wird auf der Grundlage lokaler Kriterien bewertet, die in möglichst enger Zusammenarbeit mit dem Empfängerland und seiner Regierung und unter Einbeziehung eines breiten Spektrums der Zivilgesellschaft entwickelt und ausgearbeitet werden und die der Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfen. Zur Gewährleistung

*gegenseitiger Rechenschaftspflicht
müssen die Zivilgesellschaft und die
Parlamentarier in jede Phase der
Durchführung, Überwachung und
Bewertung der Budgethilfemaßnahmen
einbezogen werden.*

Or. en

Änderungsantrag 67
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in Absatz 1 und in Artikel 6 Absatz 1 genannten Finanzierungsformen und die in Absatz 3 genannten Durchführungsmethoden werden danach ausgewählt, inwieweit mit ihnen die spezifischen Ziele der Maßnahmen verwirklicht werden können, wobei unter anderem die Kontrollkosten, der Verwaltungsaufwand und das Risiko eines Verstoßes gegen die Vorschriften zu berücksichtigen sind. Bei Zuschüssen *ist* auch die Verwendung von Pauschalbeträgen, Pauschalsätzen und Stückkostensätzen *zu prüfen*.

Geänderter Text

(4) Die in Absatz 1 und in Artikel 6 Absatz 1 genannten Finanzierungsformen und die in Absatz 3 genannten Durchführungsmethoden werden danach ausgewählt, inwieweit mit ihnen die spezifischen Ziele der Maßnahmen verwirklicht werden können, wobei unter anderem die Kontrollkosten, der Verwaltungsaufwand und das Risiko eines Verstoßes gegen die Vorschriften zu berücksichtigen sind. Bei Zuschüssen *beinhaltet dies* auch die Verwendung von Pauschalbeträgen, Pauschalsätzen und Stückkostensätzen. *Insbesondere Darlehen und Zuschüsse sind zinsfrei oder wenigstens mit stabilen Zinssätzen, die so niedrig wie möglich sind, verbunden.*

Or. en

Änderungsantrag 68
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 6 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**c) Beiträge zu den Kosten für die
Einrichtung und Verwaltung einer
öffentlich-privaten Partnerschaft,**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 69

Marian Harkin, Catherine Bearder, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 – Absatz 6 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**ea) Gewährleistung der Beteiligung der
Zivilgesellschaft, auch
Behindertenorganisationen, die in Artikel
4 Absatz 3 des UNCRPD genannt sind.
Der Ausbau von Kapazitäten wird zur
Gewährleistung der umfassenden
Beteiligung gefördert.**

Or. en

Änderungsantrag 70

Franziska Katharina Brantner

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe b – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) im Rahmen des DCI **und des IfS** in
Ausnahmefällen sektorbezogene und
allgemeine Einfuhrprogramme in Form
von

b) im Rahmen des DCI in Ausnahmefällen
sektorbezogene und allgemeine
Einfuhrprogramme in Form von

Or. en

Änderungsantrag 71
Alexander Graf Lambsdorff

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) im Rahmen des EIDHR direkte Vergabe von **entfällt**

i) geringen Zuschüssen für Menschenrechtsaktivisten zur Finanzierung dringender Schutzmaßnahmen,

ii) Zuschüssen zur Finanzierung von Maßnahmen unter besonders schwierigen Bedingungen oder in den in Artikel 2 Absatz 4 EIDHR genannten Situationen, in denen die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nicht angebracht wäre. Diese Zuschüsse betragen höchstens 2 000 000 EUR und haben eine Laufzeit von bis zu 18 Monaten, die im Falle objektiver, unvorhergesehener Durchführungshindernisse um sechs Monate verlängert werden kann,

iii) Zuschüssen für

– das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte,

– das Europäische Interuniversitäre Zentrum für Menschenrechte und Demokratisierung, das einen Europäischen Masterstudiengang „Menschenrechte und Demokratisierung“ und ein Stipendienprogramm der EU und der Vereinten Nationen anbietet, und das mit ihm verbundene Netz von Hochschulen, die einen für Staatsangehörige von Drittländern uneingeschränkt zugänglichen Aufbaustudiengang „Menschenrechte“ anbieten.

Or. en

Begründung

Angesichts der Besonderheit des EIDHR wurden diese Bestimmungen der EIDHR-Verordnung hinzugefügt und sollten daher nicht in die allgemeine Durchführungsverordnung aufgenommen werden.

Änderungsantrag 72

Franziska Katharina Brantner

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe c – Ziffer ii

Vorschlag der Kommission

ii) Zuschüssen zur Finanzierung von Maßnahmen unter besonders schwierigen Bedingungen oder in den in Artikel 2 Absatz 4 EIDHR genannten Situationen, in denen die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nicht angebracht wäre. Diese Zuschüsse betragen höchstens 2 000 000 EUR und haben eine Laufzeit von bis zu 18 Monaten, die im Falle objektiver, unvorhergesehener Durchführungshindernisse um sechs Monate verlängert werden kann,

Geänderter Text

ii) Zuschüssen zur Finanzierung von Maßnahmen unter besonders schwierigen Bedingungen oder in den in Artikel 2 Absatz 4 EIDHR **und Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a und b des IfS** genannten Situationen, in denen die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nicht angebracht wäre. Diese Zuschüsse betragen höchstens 2 000 000 EUR und haben eine Laufzeit von bis zu 18 Monaten, die im Falle objektiver, unvorhergesehener Durchführungshindernisse um sechs Monate verlängert werden kann,

Or. en

Änderungsantrag 73

Andrzej Grzyb, Paweł Robert Kowal, Marek Siwiec

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) im Rahmen des ENI, des IfS und des PI Zuschüsse zum Europäischen Fonds für Demokratie.

Änderungsantrag 74
Elmar Brok

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission und der Rechnungshof sind befugt, bei allen Empfängern, bei Auftragnehmern und Unterauftragnehmern und bei sonstigen Dritten, die Unionsmittel erhalten haben, Rechnungsprüfungen anhand von Unterlagen und vor Ort durchzuführen.

Geänderter Text

(2) Die Kommission und der Rechnungshof sind befugt, bei allen Empfängern, bei Auftragnehmern und Unterauftragnehmern und bei sonstigen Dritten, die Unionsmittel erhalten haben, Rechnungsprüfungen **oder Überprüfungen im Einklang mit Vereinbarungen, die mit einschlägigen internationalen Institutionen getroffen wurden**, anhand von Unterlagen und vor Ort durchzuführen.

Änderungsantrag 75
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission gewährleistet, dass bestehende und bewiesene Fälle von Korruption, Betrug oder Missbrauch von Mitteln in einem bestimmten Land oder Gebiet ähnliche Einrichtungen in der Zukunft nicht daran hindern oder davon abschrecken, Mittel aus EU-Finanzierungsinstrumenten auf Einzelfallbasis zu beantragen und zu erhalten, vorausgesetzt, es wurden geeignete Straf- und Überprüfungsmaßnahmen ergriffen, um verstärkte Kontrollen der Durchführung

*der geförderten Maßnahmen
sicherzustellen.*

Or. en

**Änderungsantrag 76
Elmar Brok**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Teilnahme an Auftrags-, Zuschuss- und sonstigen Vergabeverfahren für nach dieser Verordnung finanzierte Maßnahmen zugunsten Dritter steht allen natürlichen Personen, die Staatsangehörige eines teilnahmeberechtigten Landes im Sinne der Definition der nachstehenden Artikel dieses Titels für das jeweils anwendbare Instrument sind, juristischen Personen, die in einem solchen Land tatsächlich niedergelassen sind, und internationalen Organisationen offen.

Geänderter Text

(1) Die Teilnahme an Auftrags-, Zuschuss- und sonstigen Vergabeverfahren für nach dieser Verordnung finanzierte Maßnahmen zugunsten Dritter steht allen natürlichen Personen, die Staatsangehörige eines teilnahmeberechtigten Landes im Sinne der Definition der nachstehenden Artikel dieses Titels für das jeweils anwendbare Instrument sind, juristischen Personen, ***wie etwa Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich nichtstaatlicher Organisationen ohne Erwerbszweck und unabhängiger politischer Stiftungen, lokaler Basisorganisationen und privater Agenturen ohne Erwerbszweck, Einrichtungen und Organisationen und ihre Netze auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene,*** die in einem solchen Land tatsächlich niedergelassen sind, und internationalen Organisationen offen.

Or. en

**Änderungsantrag 77
Elmar Brok**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) In hinreichend begründeten Ausnahmefällen stehen Zuschüsse zur Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte auch Einrichtungen offen, die nach geltendem nationalen Recht keine Rechtspersönlichkeit besitzen, sofern ihre Vertreter befugt sind, im Namen der Einrichtung rechtliche Verpflichtungen einzugehen, und den Schutz der finanziellen Interessen der Union in gleicher Weise garantieren wie juristische Personen.

Or. en

Änderungsantrag 78
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Im Falle von Maßnahmen, die mit einem Partner gemeinsam kofinanziert oder von einer der betrauten Stellen im Wege der indirekten Verwaltung durchgeführt oder mithilfe eines von der Kommission im Einklang mit der Haushaltsordnung eingerichteten Treuhandfonds durchgeführt werden, sind die Länder, die nach den Vorschriften dieser Stelle, nach den mit der Kofinanzierungs- oder Durchführungsstelle getroffenen Vereinbarungen oder nach dem Gründungsakt des Treuhandfonds teilnahmeberechtigt sind, ungeachtet der besonderen Vorschriften der nachstehenden Artikel teilnahmeberechtigt. Zudem erklärt sich die Kofinanzierungs- oder

entfällt

***Durchführungsstelle damit einverstanden,
die in den genannten Vereinbarungen
erwähnten Vorschriften dieser
Verordnung über die
Teilnahmeberechtigung anzuwenden.***

Or. en

Änderungsantrag 79
Franziska Katharina Brantner
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***(2a) Das vorstehend Genannte berührt
nicht die Teilnahme bestimmter
Kategorien von Organisationen, die
aufgrund ihrer Art oder ihres Standorts in
Bezug auf die Ziele der
durchzuführenden Maßnahme
zuschussfähig sind.***

Or. en

Änderungsantrag 80
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Alle Waren, die im Rahmen von Aufträgen oder im Einklang mit Zuschussvereinbarungen erworben werden, und die nach dieser Verordnung finanziert werden, müssen ihren Ursprung in einem teilnahmeberechtigten Land haben. ***Sie können ihren Ursprung jedoch in einem beliebigen Land haben***, wenn die Anwendung des wettbewerblichen

(4) Alle Waren, die im Rahmen von Aufträgen oder im Einklang mit Zuschussvereinbarungen erworben werden, und die nach dieser Verordnung finanziert werden, müssen ihren Ursprung in einem teilnahmeberechtigten Land haben. ***Dies gilt jedoch nicht***, wenn die Anwendung des wettbewerblichen Verhandlungsverfahrens zulässig ist, ***das gefördert wird***. Für die

Verhandlungsverfahrens zulässig ist. Für die Zwecke dieser Verordnung gilt die Definition des Ursprungsbegriffs, die in den einschlägigen Unionsvorschriften über Ursprungsregeln für Zollzwecke festgelegt ist.

Zwecke dieser Verordnung gilt die Definition des Ursprungsbegriffs, die in den einschlägigen Unionsvorschriften über Ursprungsregeln für Zollzwecke festgelegt ist.

Or. en

Änderungsantrag 81
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 8

Vorschlag der Kommission

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind, müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen sowie die international vereinbarten Kernarbeitsnormen einhalten.

Geänderter Text

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind, müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen sowie die international vereinbarten Kernarbeitsnormen ***und die Grundsätze der Gleichheit, der Solidarität und der Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, der universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Achtung der Menschenwürde*** einhalten.

Or. en

Änderungsantrag 82
Marian Harkin, Catherine Bearder, Evgeni Kirilov, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 8

Vorschlag der Kommission

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind,

Geänderter Text

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind,

müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen **sowie** die international vereinbarten Kernarbeitsnormen einhalten.

müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen, die international vereinbarten Kernarbeitsnormen **und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen** einhalten.

Or. en

Änderungsantrag 83

Rosa Estaràs Ferragut, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Richard Howitt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 8

Vorschlag der Kommission

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind, müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen sowie die international vereinbarten Kernarbeitsnormen einhalten.

Geänderter Text

(8) Bieter, Antragsteller und Bewerber, an die Aufträge vergeben worden sind, müssen die geltenden Umweltvorschriften einschließlich der multilateralen Umweltübereinkommen sowie die international vereinbarten Kernarbeitsnormen **und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen** einhalten.

Or. en

Begründung

The European Union concluded the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD) on 23rd December 2012 and it entered into force for the European Union in January 2011. The conclusion of this Convention means a change in the way that the main policies of the European Union are addressed since the Human Rights approach to disability has to be now a priority of all actions. There are a number of articles in the UNCRPD of utmost importance for the European external action. In particular for this new article is Article 9 on Accessibility which is also linked to Article 32 on International Cooperation. Other important regulations such as the General Regulation for the Structural Funds have included accessibility for people with disabilities as a horizontal criteria. It will be a contradiction for the EU that it preserves accessible criteria for built environment, information, ICT, and so on inside the borders of the European Union while promoting barriers for disabled people outside the EU. It will be also in contradiction with legal

obligations coming from the UN CRPD

Änderungsantrag 84
Alexander Graf Lambsdorff

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Für eine Finanzierung im Rahmen des EIDHR nach Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c kommen folgende Einrichtungen und Akteure in Betracht: ***entfällt***

a) zivilgesellschaftliche Organisationen, unter anderem nichtstaatliche Organisationen ohne Erwerbszweck und unabhängige politische Stiftungen, lokale Basisorganisationen, private Agenturen, Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbszweck und ihre Netze auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene,

b) öffentliche Agenturen, Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbszweck und ihre Netze auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene,

c) nationale, regionale und internationale parlamentarische Gremien, wenn dies für die Verwirklichung der Ziele des Instruments erforderlich ist und die vorgeschlagene Maßnahme nicht im Rahmen eines anderen Außenhilfeinstruments der Union finanziert werden kann,

d) internationale und regionale zwischenstaatliche Organisationen,

e) natürliche Personen, Einrichtungen ohne Rechtspersönlichkeit und in hinreichend begründeten Ausnahmefällen sonstige, in diesem Absatz nicht genannte Einrichtungen und Akteure, wenn dies für die

***Verwirklichung der Ziele des Instruments
erforderlich ist.***

Or. en

Begründung

Angesichts der Besonderheit des EIDHR wurden diese Bestimmungen der EIDHR-Verordnung hinzugefügt und sollten daher nicht in die allgemeine Durchführungsverordnung aufgenommen werden.

Änderungsantrag 85

Franziska Katharina Brantner

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Für eine Finanzierung im Rahmen des EIDHR nach Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c kommen folgende Einrichtungen und Akteure in Betracht:

Geänderter Text

(2) Für eine Finanzierung im Rahmen der EIDHR **und des IfS** nach Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c kommen folgende Einrichtungen und Akteure in Betracht:

Or. en

Änderungsantrag 86

Sabine Lösing

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Für eine Finanzierung im Rahmen des EIDHR nach Artikel 4 Absatz 1 **und Artikel 6 Absatz 1** Buchstabe c kommen folgende Einrichtungen und Akteure in Betracht:

Geänderter Text

(2) Für eine Finanzierung im Rahmen der EIDHR nach Artikel 4 Absatz 1 kommen folgende Einrichtungen und Akteure in Betracht:

Or. en

Änderungsantrag 87
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) zivilgesellschaftliche Organisationen, unter anderem nichtstaatliche Organisationen ohne Erwerbszweck und unabhängige *politische* Stiftungen, lokale Basisorganisationen, *private Agenturen*, Einrichtungen und Organisationen *ohne Erwerbszweck* und ihre Netze auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene,

Geänderter Text

a) zivilgesellschaftliche Organisationen, unter anderem nichtstaatliche Organisationen ohne Erwerbszweck und unabhängige Stiftungen, lokale Basisorganisationen, Einrichtungen und Organisationen und ihre Netze auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene,

Or. en

Änderungsantrag 88
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) natürliche Personen, *Einrichtungen ohne Rechtspersönlichkeit und in hinreichend begründeten Ausnahmefällen sonstige, in diesem Absatz nicht genannte Einrichtungen und Akteure, wenn dies für die Verwirklichung der Ziele des Instruments erforderlich ist.*

Geänderter Text

e) natürliche Personen.

Or. en

Änderungsantrag 89
María Muñoz De Urquiza, Ioan Mircea Pașcu

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission überwacht und überprüft regelmäßig ihre Maßnahmen und evaluiert die Ergebnisse der Durchführung der Sektorpolitik und der entsprechenden Maßnahmen sowie die Wirksamkeit der Programmierung gegebenenfalls mithilfe unabhängiger externer Evaluierungen, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können.

Geänderter Text

(1) Die Kommission überwacht und überprüft regelmäßig ihre Maßnahmen und evaluiert die Ergebnisse der Durchführung der Sektorpolitik und der entsprechenden Maßnahmen sowie die Wirksamkeit der Programmierung gegebenenfalls mithilfe unabhängiger externer Evaluierungen, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können. ***Diese Evaluierungen werden auf der Grundlage vorher festgelegter, länderspezifischer, klarer, transparenter und messbarer Indikatoren durchgeführt und dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt. Vorschläge des Europäischen Parlaments oder des Rates für unabhängige externe Evaluierungen werden gebührend berücksichtigt.***

Or. en

Änderungsantrag 90
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission übermittelt ihre Evaluierungsberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Kenntnisnahme. Die Mitgliedstaaten können beantragen, dass bestimmte Evaluierungen in den in Artikel 15 genannten Ausschüssen erörtert werden. Die Ergebnisse fließen in die Programmgestaltung und Mittelzuweisung ein.

Geänderter Text

(2) Die Kommission übermittelt ihre Evaluierungsberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Kenntnisnahme. Die Mitgliedstaaten ***oder das Parlament*** können beantragen, dass bestimmte Evaluierungen in den in Artikel 15 genannten Ausschüssen erörtert werden. Die Ergebnisse fließen in die Programmgestaltung und Mittelzuweisung ein.

Änderungsantrag 91
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission beteiligt alle maßgeblichen Akteure in angemessener Weise an der Evaluierung der nach dieser Verordnung gewährten Hilfe der Union.

Geänderter Text

(3) Die Kommission beteiligt alle maßgeblichen Akteure, **insbesondere die Mitgliedstaaten**, in angemessener Weise an der Evaluierung der nach dieser Verordnung gewährten Hilfe der Union.

Or. en

Änderungsantrag 92
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Zweijahresbericht

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 93
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Der Zweijahresbericht enthält Informationen über die **im Vorjahr** finanzierten Maßnahmen, die Ergebnisse von Monitoring und Evaluierung, die

Geänderter Text

(2) Der Zweijahresbericht enthält Informationen über die **in den zwei vorangegangenen Jahren** finanzierten Maßnahmen, die Ergebnisse von

Beteiligung der maßgeblichen Partner und die Ausführung der Mittelbindungen und Mittel für Zahlungen. Die Ergebnisse der finanziellen Hilfe der Union werden unter möglichst weitgehender Anwendung spezifischer, messbarer Indikatoren für ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele der Instrumente bewertet.

Monitoring und Evaluierung, die Beteiligung der maßgeblichen Partner und die Ausführung der Mittelbindungen und Mittel für Zahlungen. Die Ergebnisse der finanziellen Hilfe der Union werden unter möglichst weitgehender Anwendung spezifischer, messbarer Indikatoren für ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele der Instrumente, ***unter anderem der wirtschaftlichen Entwicklung und der Menschenrechte***, bewertet.

Or. en

Änderungsantrag 94
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Der Zweijahresbericht enthält Informationen über die im Vorjahr finanzierten Maßnahmen, die Ergebnisse von Monitoring und Evaluierung, die Beteiligung der maßgeblichen Partner und die Ausführung der Mittelbindungen und Mittel für Zahlungen. Die Ergebnisse der finanziellen Hilfe der Union werden unter möglichst weitgehender Anwendung spezifischer, messbarer Indikatoren für ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele der Instrumente bewertet.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 95
Norica Nicolai

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***(2a) Die Kommission nutzt ihre
Zweijahresberichte als aussagekräftige
Instrumente für die Kontrolle, in denen
konkrete Empfehlungen und
Evaluierungen mit dem Ziel enthalten
sind, die Anwendung der
Finanzierungsinstrumente der EU zu
verbessern und umzugestalten.***

Or. en

Änderungsantrag 96

Marian Harkin, Catherine Bearder, Richard Howitt

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Berichterstattung über die Maßnahmen
im Bereich Menschenrechte,
insbesondere in der Zivilgesellschaft und
in Bezug auf die Umsetzung des
UNCRPD.***

Or. en

Änderungsantrag 97

Ana Gomes

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 14a

Einbindung der Zivilgesellschaft

***(1) Die Kommission und insbesondere die
Delegationen der Union in den
Empfängerländern berücksichtigen***

soweit möglich in einer transparenten und überprüfbaren Weise und im Wege eines institutionalisierten Verfahrens die Standpunkte der Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Programmierung und sorgen dafür, dass angemessene Schritte unternommen werden, um die Kapazitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft auszubauen, insbesondere an der Basis, damit sie eine sinnvolle Rolle in diesem Prozess spielen können.

(2) Organisationen der Zivilgesellschaft wird auch die Möglichkeit gegeben, schriftliche Kommentare einzureichen.

(3) Vertreter der Zivilgesellschaft beteiligen sich, vorausgesetzt, dass kein direkter Interessenkonflikt in Evaluierungsausschüssen für Ausschreibungen und bei Evaluierungen von Projekten besteht.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels werden Organisationen der Zivilgesellschaft anhand transparenter und objektiver Kriterien ausgewählt.

Or. en

Änderungsantrag 98
Alexander Graf Lambsdorff

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Ein Beobachter der EIB nimmt an den Beratungen des Ausschusses teil, wenn Fragen behandelt werden, die die EIB betreffen.

Or. en

Änderungsantrag 99
Sabine Lösing, Willy Meyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Der Bericht wird dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt, **gegebenenfalls** zusammen mit Gesetzgebungsvorschlägen für die an den Instrumenten vorzunehmenden Änderungen.

Geänderter Text

(2) Der Bericht wird dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt, zusammen mit Gesetzgebungsvorschlägen für die an den Instrumenten vorzunehmenden Änderungen.

Or. en

Änderungsantrag 100
Nadezhda Neynsky

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Spätestens bis zum 31. Dezember 2017 erstellt die Kommission ein Dokument, das konsolidierte Informationen über sämtliche Finanzierungen im Rahmen dieser Verordnung sowie alle externen Finanzierungen im weitesten Sinne, die nicht nur auf Finanzhilfen unter Rubrik 4 beschränkt sind, und eine Aufschlüsselung der Ausgaben unter anderem nach Empfängerländern, allgemeinem Einsatzbereich der Mittel, Einsatz von Finanzierungsinstrumenten, Verpflichtungen und Zahlungen sowie Umfang der Beteiligung der Partner enthält.

Or. en

